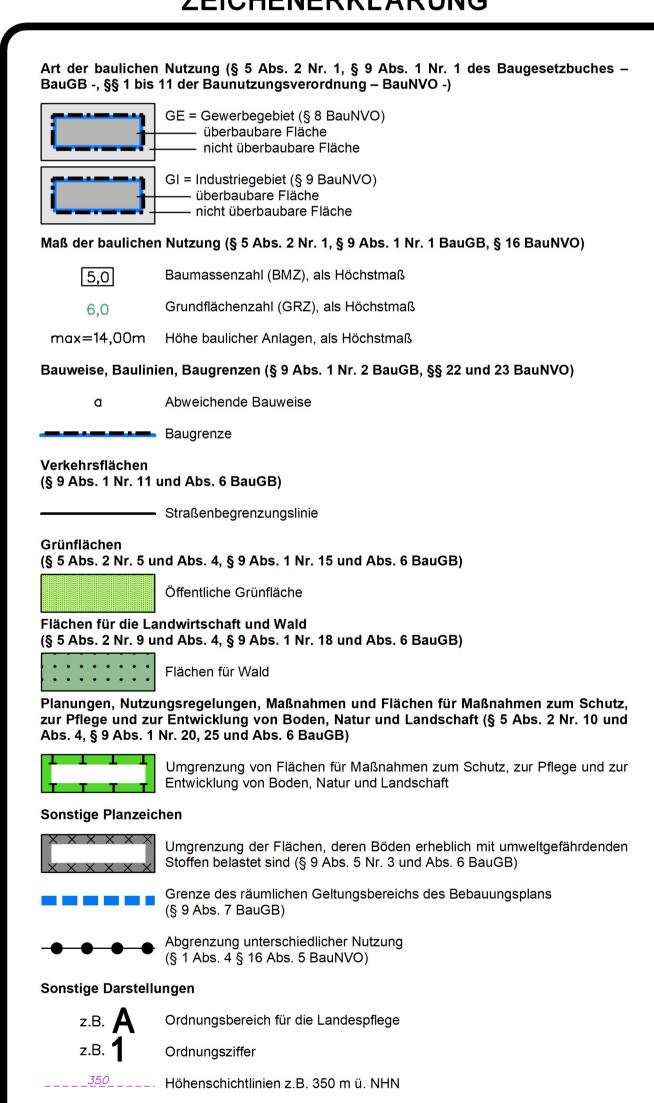


ZEICHENERKLÄRUNG



RECHTSGRUNDLAGEN

- Baugesetzbuch (BauGB) vom 03. November 2017 (BGBI. I. S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBI. 2023 I Nr. 394), in der derzeit geltenden Fassung.
- 2. Baunutzungsverordnung (BauNVO) vom 21. November 2017 (BGBI. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBI. 2023 I Nr. 176), in der derzeit geltenden Fassung.
- Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) vom 18. März 2021 (BGBI. I S. 540), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBI, 2024 | Nr. 323), in der derzeit
- 4. Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 306), in der derzeit geltenden Fassung.
- 5. Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) vom 17. Mai 2013 (BGBI. I S. 1274; 2021 I S. 123), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 03. Juli 2024 (BGBI, 2024 I Nr. 225, Nr. 340), in der derzeit
- 6. Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 48 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. I S. 2240 I Nr. 323), in der derzeit geltenden Wasserhaushaltsgesetz (WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBI. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 7 des
- Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBI. 2023 I Nr. 409), in der derzeit geltenden Fassung.
- 8. Denkmalschutzgesetz Rheinland-Pfalz (DSchG) vom 23. März 1978 (GVBI. S. 159), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 28. September 2021 (GVBI. S. 543), in der derzeit geltenden 9. Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO) vom 31. Januar 1994 (GVBI. S. 153), zuletzt geändert
- durch Artikel 2 des Gesetzes vom 24.05.2023 (GVBI. S. 133), in der derzeit geltenden Fassung.
- 10. Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (LBauO) vom 24. November 1998 (GVBI. S. 365), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 07. Dezember 2022 (GVBI. S. 403), in der derzeit geltenden Fassung.
- 11. Landesnaturschutzgesetz Rheinland-Pfalz (LNatSchG) vom 28. September 2005 (GVBI 2005, S. 387), neugefasst am 06. Oktober 2015 (GVBI. S. 283), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 26. Juni 2020 (GVBI. S. 287), in der derzeit geltenden Fassung.
- 12. Landesstraßengesetz Rheinland-Pfalz (LStrG) vom 01. August 1977 (GVBI. S. 273), zuletzt geändert durch § 84 des Gesetzes vom 07. Dezember 2022 (GVBI. S. 413), in der derzeit geltenden Fassung.
- 13. Landeswassergesetz Rheinland-Pfalz (LWG) vom 14. Juli 2015, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08. April 2022 (GVBI. S. 118), in der derzeit geltenden Fassung.
- 14. Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung PlanzV) vom 18. Dezember 1990 (BGBI. 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBI. I S. 1802), in der derzeit geltenden Fassung
- 15. Landeswaldgesetz Rheinland-Pfalz (LWaldG) vom 30. November 2000 (GVBI. 2000, 504), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 27. März 2020 (GVBI. S. 98), in der derzeit geltenden Fassung.

TEXTFESTSETZUNGEN

TEXTFESTSETZUNGEN (ERLÄUTERUNGEN) 1. Mit Inkrafttreten dieser Bebauungsplanänderung gelten für den Geltungsbereich der Bebauungsplanänderung die getroffenen zeichnerischen Festsetzungen. Entgegenstehende Festsetzungen treten außer Kraft. 2. Es gelten grundsätzlich im gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplans die textlichen Festsetzungen der Bebauungspläne in der Fassung vor der 4. Änderung mit nachfolgenden Ausnahmen: BAUPLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

1. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 (1) Ziffer 1 BauGB und §§ 16 - 21a BauNVO)

GRUNDFLÄCHENZAHL (§ 16 (2) Ziffer 1 BauNVO)

Die Grundflächenzahl (GRZ) beträgt im gesamten Geltungsbereich 0,6.

LANDSCHAFTSPLANERISCHE FESTSETZUNGEN

1. MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT (§ 9 (1) Ziffer 20 BauGB)

TEXTFESTSETZUNGEN

1.1 MASSNAHME ZUM SCHUTZ UND ZUR FÖRDERUNG DES HAUHECHEL-BLÄULINGS - DACHBEGRÜNUNG

Innerhalb des Geltungsbereichs ist für alle Flachdächer (d.h. alle Dächer mit einer Dachneigung ≤ °4), auf mindestens 60 % der Dachfläche, eine Dachbegrünung vorzusehen. Dabei ist autochthones Saatgut mit Raupen- und Futterpflanzen für den Hauhechel-Bläuling zu verwenden.

Photovoltaikanlagen und vergleichbare Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien sind auf dem gesamten Dach, auch im Bereich der Dachbegrünung,

Artenauswahl: Sommerflieder (Buddleia spp.), Klee- und Hornkleearten (Trifo-lium spp. und Lotus spp.), Ginster (Genista spp.), Luzerne (Medicago sativa), Hopfenklee (Medicago lupulina), Hufeisenklee (Hippocrepis comosa), Bunte Kornwicke (Coronilla varia), Wicken (Vicia spp.), Thymian (Thymus spp.), Dost (Oreganum spp.)

1.2 ANLAGE VON EXTENSIV GENUTZTEM, ARTENREICHEN GRÜNLAND –

Innerhalb des Ordnungsbereichs A soll in dem gekennzeichneten Bereich des Flurstücks 103/32 (tlw.), Flur 6, Gemarkung Dernbach eine extensiv genutzte, artenreiche Wiese entwickelt und dauerhaft gepflegt werden.

Herstellungs- und Pflegehinweise: Um die Artenanzahl zu erhöhen ist die Wiese einer extensiven Pflege mit zweimaliger Mahd pro Jahr zu unterziehen. Die Mahd ist der Hauptblütezeit der Gräser anzupassen. Daher erfolgt die erste Mahd nicht vor Mitte Juli, die zweite ab September. Das Mahdgut ist zu entfernen und einer landwirtschaftlichen oder energetischen Nutzung zuzuführen. Das Mulchen und Walzen der Fläche ist nicht zulässig.

Zur Unterstützung des Hauhechel-Bläulings ist die Wiese durch eine Aussaat mit Regiosaatgut aus dem Ursprungsgebiet 7 mit hohem Blumen- und Kräuteranteil zu unterstützen. Dafür ist entweder die Grasnarbe des Grünlands zu fräsen, um die Konkurrenzkraft zu reduzieren und das Saatbett vorzubereiten oder die Fläche ist mithilfe einer Roto- oder Rollegge für die Aussaat vorzubereiten. Der Vorgang mit der Egge muss unter Umständen mehrmals wiederholt werden, bis etwa 50 – 70 % offener Boden zu sehen ist. Auf den Einsatz von chemisch-synthetischen Düngeund Pflanzenschutzmitteln sowie den späteren Umbruch der Wiese ist zu

Bei der Aussaat ist autochthones Saatgut mit Raupen- und Futterpflanzen für den Hauhechel-Bläuling zu verwenden. Dazu gehören u.a. folgende Arten: Klee- und Hornkleearten (Trifolium spp. und Lotus spp.), Ginster (Genista spp.), Luzerne (Medicago sativa), Hopfenklee (Medicago lupulina), Hufeisenklee (Hippocrepis comosa), Bunte Kornwicke (Coronilla varia), Wicken (Vicia spp.), Thymian (Thymus spp.), Dost (Oreganum spp.).

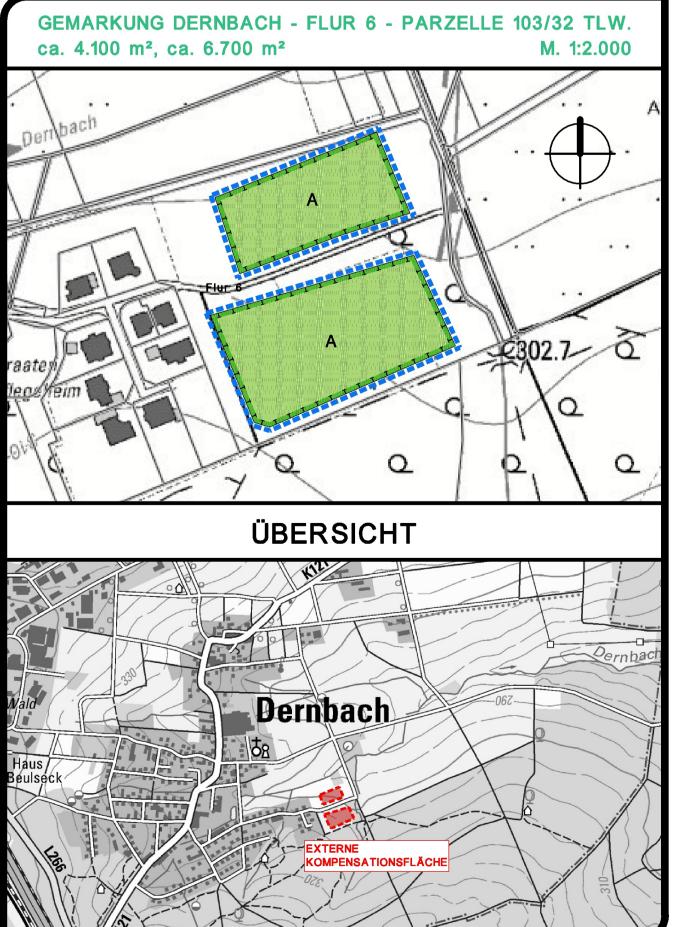
1.3 AUSWEISUNG EINES WALDREFUGIUMS – ORDNUNGSBEREICH B

Im Gemeindewald Dernbach, Flur 5, Flurstück 8, ist ein ca. 1,2 ha großer Bestand aus alten Eichen und Buchen und jungem Ahorn im Sinne des BAT-Konzepts als Waldrefugium" dauerhaft aus der Nutzung zu nehmen. Zusätzlich sind innerhalb des Waldrefugiums insgesamt 14 Kästen unterschiedlicher Bautypen für Vögel und Fledermäuse aufzuhängen.

Rückschnitte und Rodung aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht sind

Änderungen nach der Offenlage gemäß §§ 3(2), 4(2) BauGB sind in der Planurkunde farblich gekennzeichnet (siehe grüne Schrift).

EXTERNE KOMPENSATIONSFLÄCHE



HINWEISE

Rückhaltung von Niederschlagswasser: Zisternen sind so zu bemessen, dass je 1.000 m² versiegelte Grundstücksfläche 40 bis 50 m³ Behältervolumen zur Verfügung stehen. Das in Zisternen gesammelte Wasser ist als Brauchwasser zur Grünanlagenbewässerung bzw. Toilettenspülung weiterzuverwenden. Die innerhäusliche bzw. innerbetriebliche Verwendung von Niederschlagswasser ist den zuständigen Verbandsgemeindewerken zu melden (vgl. § 13 (4) Trinkwasserverordnung).

Verwendung wasserdurchlässiger Oberflächenbeläge: Gebäudezuwege, Hofflächen, Zufahrten und Stellplätze sind mit offenporigen, versickerungsfähigen Belägen (z.B. Dränoder Rasenpflaster, Schotterrasen, großfugige Pflasterarten, etc.) zu befestigen, sofern dem keine betrieblichen oder funktionalen Gründe entgegenstehen (z.B. bei der Befestigung steilerer innerer Erschließungswege).

Artenschutzrechtliche Maßnahmen: Zur vorsorglichen Vermeidung artenschutzrechtlicher Konflikte sind erforderliche Gehölzrodungen außerhalb der Vegetationszeit im Zeitraum vom 01.10. eines Jahres bis vor dem 01.03. des Folgejahres vorzunehmen (vgl. § 39 (5)

Zur Vermeidung von Beeinträchtigungen nachtaktiver Insekten und ihnen nachjagender Fledermäuse wird die Gestaltung der Außenbeleuchtung mit nicht-anlockenden Leuchtmitteln (z. B. LED-Technik oder Natriumdampf-Hochdrucklampen) mit einer Farbtemperatur von 3.000 Kelvin (warmweiße Lichtfarbe) bis maximal 4.000 Kelvin unter Verwendung vollständig gekapselter Leuchtengehäuse, die kein Licht nach oben emittieren, empfohlen.

Sind großflächige Glasfronten an Gebäuden geplant, müssen diese durch geeignete Maßnahmen gegen Vogelschlag gesichert werden (z.B. Verwendung entspiegelter Gläser, Einsatz von Vorhängen oder Jalousien, Aufhängen von sich bewegenden Mobile o.ä.).

Zur Förderung der biologischen Vielfalt wird außerdem eine Fassaden- und/oder Palisadenbegrünung mit Rank- und Kletterpflanzen sowie die Neuanpflanzung möglichst großkroniger, schadstofftolerabler Bäume empfohlen.

Es wird die Aufhängung von Vogel- und Fledermausnistkästen (insbesondere für die Zwergfledermaus) an Gebäudefassaden innerhalb der gewerblichen Bauflächen empfohlen.

Zudem wird darauf hingewiesen, dass die Untere Naturschutzbehörde unmittelbar in Kenntnis zu setzen ist, bei Entdeckung gesetzlich geschützter, wild lebender Tiere während der Baumaßnahmen (Vorsorgepflicht für evtl. notwendige, fachgerechte Rettungsmaßnahmen; Abwehr eines möglichen Umweltschadens)

Es wird empfohlen, die Planungs- und Ausführungsprozesse im Rahmen einer fachkundigen, ökologischen Baubegleitung zu überwachen. Dies insbesondere bei der Fällung von Höhlenbäumen (für ein ggf. erforderliches Abfangen und eine Rettungsumsiedlung).

Bodenschutz: Während der Bauarbeiten ist der Oberboden gemäß DIN 18915 nach Bodenhorizonten geordnet abseits vom Baubetrieb zu lagern und vor Verdichtung o. ä. zu

Eingriffe in den Baugrund: Bei Eingriffen in Baugrund sind grundsätzlich die einschlägigen Regelwerke (u.a. DIN 4020 (Geotechnische Untersuchungen für bautechnische Zwecke), DIN EN 1997-1 und -2 (Entwurf, Berechnung und Bemessung in der Geotechnik), DIN 1054 (Baugrund - Sicherheitsnachweise im Erd- und Grundbau - Ergänzende Regelungen zu DIN EN 1997-1)). DIN 19731 (Bodenbeschaffenheit - Verwertung von Bodenmaterial)) sowie die Vorgaben der Bundes- Bodenschutz- und Altlastenverordnung durch den Bauherren zu

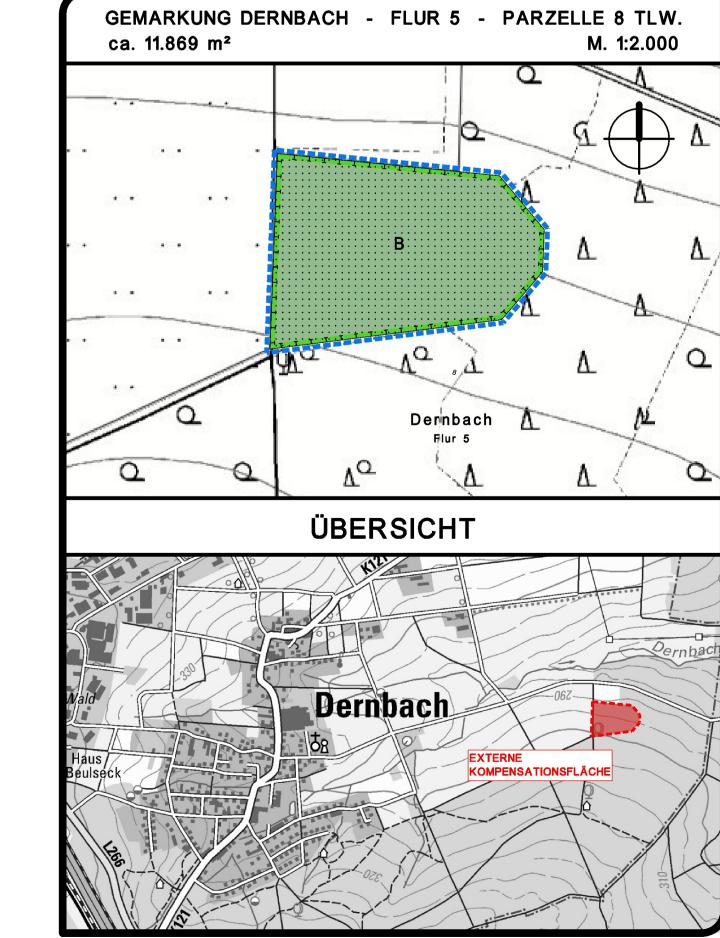
Maßnahmen im Bereich von Altablagerungen: Bei der Umsetzung der Planung sind die Empfehlungen und Hinweise des Geotechnischen Berichts der GTM Geotechnik Mittelrhein GmbH vom 09.08.2019 bzgl. Geländeprofilierung, Gründung, Sohlwiderstand, Konstruktion, Hallen- und Kellerboden und Verkehrsflächen sowie die Hinweise zum Schutz des Bauwerkes gegen Wasser und die Hinweise zu Erdarbeiten bauherrenseitig zu berücksichtigen. Es wird zudem auf die Ausführungen im Kapitel "Altablagerungen" der Begründung hingewiesen.

Denkmalschutz: Es besteht die Möglichkeit, dass bei den Erdarbeiten im Plangebiet archäologische Befunde und Funde (wie Erdverfärbungen, Knochen und Skeletteile. Gefäße oder Scherben, Münzen und Eisengegenstände usw.) zutage treten. Diese Funde sind gemäß §§ 16 - 21 Denkmalschutzgesetz an die Generaldirektion Kulturelles Erbe, Direktion Archäologie, Koblenz, Niederberger Höhe 1 (Tel. 0261 / 6675-3000 oder per E-Mail landesarchaeologie-koblenz@gdke.rlp.de), zu melden. Der Beginn von Bauarbeiten ist der Generaldirektion mindestens 2 Wochen vor Baubeginn anzuzeigen. Die Untersuchung und Dokumentation der Funde muss gewährleistet sein.

Höhenschichtlinien: Die Höhendarstellung erfolgt auf Grundlage des digitalen Höhenmodells, veröffentlicht mit Erlaubnis des Landesamtes für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz.

Katasteramtliche Datengrundlage des Bebauungsplans: Geobasisinformationen der Vermessungs- und Katasterverwaltung Rheinland-Pfalz (Zustimmung vom 15. Oktober

EXTERNE KOMPENSATIONSFLÄCHE



VERFAHRENSVERMERKE

2 Änderungsbeschluss 1 Katastervermerk Die Darstellung der Grenzen und die Die Verbandsversammlung hat am ... Bezeichnung der Flurstücke stimmen mit dem gemäß § 2 (1) BauGB die Änderung dieses Liegenschaftskataster überein. (Die DXF-Daten Bebauungsplans beschlossen. entsprechen dem Stand vom April 2019.) Dernbach, den .. Die Plangrundlage entspricht den Anforderungen des § 1 (2) der Planzeichenverordnung vom 18.12.1990 (PlanzV90). Die ordnungsgemäße Übernahme wird seitens des Planungsbüros bestätigt. Nörtershausen, den Karst Ingenieure GmbH Verbandsvorsteher 3 Frühzeitiges Beteiligungsverfahren 4 Förmliche Beteiligung Der Bebauungsplan - Entwurf einschließlich der Der Bebauungsplan-Vorentwurf wurde am Textfestsetzungen, der Begründung mit von der Verbandsversammlung integrierter Landschaftsplanung und dem Umweltbericht sowie den umweltbezogenen Sodann wurde die Beteiligung der von der Stellungnahmen aus den frühzeitigen Planung berührten Träger öffentlicher Belange Beteiligungsverfahren hat gemäß § 3 (2) BauGB gemäß § 4 (1) BauGB durchgeführt. Die für die Dauer eines Monats in der Zeit von frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß biszu jedermanns § 3 (1) BauGB erfolgte am Einsicht öffentlich ausgelegen. Ort und Dauer der Auslegung wurden am . Die öffentliche Auslegung des Bebauungsplan-Hinweis ortsüblich bekannt gemacht, dass Entwurfes gemäß § 3 (2) BauGB wurde am Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können. Die berührten Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom . gemäß § 4 (2) BauGB beteiligt. Dernbach, den Dernbach, den

Die Bekanntmachung erfolgte in

ortsüblicher Weise im Mitteilungsblatt der VG vom

Die erneute Beteiligung der Behörden und Träger

öffentlicher Belange erfolgte mit Schreiben vom

Die Würdigung und Abwägung der eingegangen

Stellungnahmen aus dem erneuten

Beteiligungsverfahren erfolgte in der

Verbandsversammlung am

Dernbach, den .

7 Ausfertigung

...... – unter Fristsetzung bis zum

Verbandsvorsteher

5 Erneute Beteiligung 6 Satzungsbeschluss Die Würdigung und Abwägung Die Verbandsversammlung hat am ... eingegangenen Stellungnahmen die Bebauungsplanänderung gemäß § 24 der vorausgegangen Beteiligungsverfahren erfolgte in Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz vom der Verbandsversammlung am .. 30.01.1994 und gemäß § 10 (1) BauGB als sich ändernde Bebauungsplanentwurf wurde i Satzung beschlossen. selbiger Sitzung gebilligt. Eine erneute öffentliche Auslegung und Dernbach, den Beteiligung der Fachbehörden sowie Träger öffentlicher Belange nach § 4a Abs. 3 BauGB

wurde am beschlossen. Die erneute Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 4a Abs. 3 BauGB erfolgte im Zeitraum vom bis

Verbandsvorsteher

Verbandsvorstehe

Es wird bescheinigt, dass der Bebauungsplan bestehend aus nebenstehender Planzeichnung und den textlichen und zeichnerischen Festsetzungen, Gegenstand des Planaufstellungsverfahrens war, gemäß Satzungsbeschluss vom mit dem Willen der verbandsversammlung übereinstimmt und dass die für die Normgebung gesetzlich vorgesehenen Verfahrensschritte und -vorschriften eingehalten

Verbandsvorsteher

Der Plan wird hiermit ausgefertigt.

Dernbach, den ..

Verbandsvorstehe

8 Öffentliche Bekanntmachung / Inkrafttreten

Die ortsübliche Bekanntmachung nach Maßgabe des § 10 (3) BauGB wird angeordnet. Dernbach, den

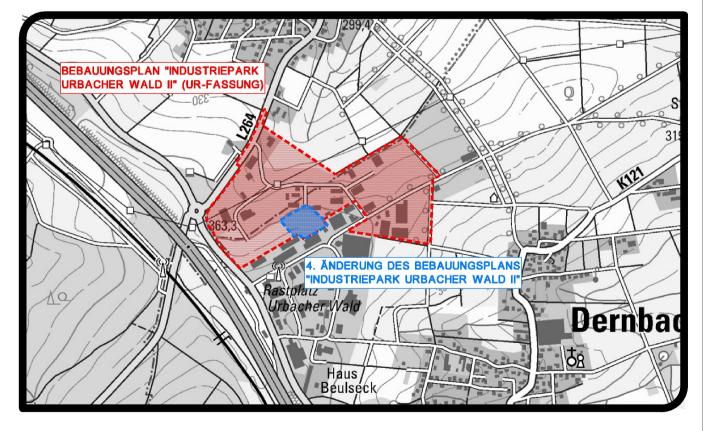
Verbandsvorstehei

Der Beschluss der Bebauungsplanänderung ist gemäß § 10 (3) BauGB ortsüblich bekannt gemacht worden mit dem Hinweis, dass die Planunterlagen während der Dienststunden in der Verwaltung zu jedermanns Einsicht bereitgehalten werden. Mit dieser Bekanntmachung ist die Bebauungsplanänderung in Kraft getreten.

Verbandsvorstehe

Dernbach, den ..

ÜBERSICHT



4. ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANS "INDUSTRIEPARK URBACHER WALD II"

ZWECKVERBAND INDUSTRIEPARK URBACHER WALD II

STAND: VERFAHREN GEMÄSS § 4a(3) BAUGB

BEARBEITUNG:

MASSSTAB: 1:1.000 FORMAT: 1,00x0,75=0,75m² PROJ.-NR.: 12 695 DATUM: 25.06.2025

KARST INGENIEURE GMBH

nfo@karst-ingenieure.de